



Politik in München, Berlin und Brüssel darf nicht länger zusehen, sondern muss Maßnahmen ergreifen: 10-Punkte-Katalog

Position des Präsidiums des Bayerischen Bauernverbandes anlässlich der existenzgefährdenden Preismisere vor allem bei Milch, Fleisch und Ferkeln sowie der gravierenden Trockenheitsschäden

München, 7. September 2015

In den letzten Monaten hat sich für die bayerischen Bauern bei vielen Erzeugerpreisen ein absolut unbefriedigendes Niveau entwickelt. Das Russlandembargo, das aus politischen Gründen und aufgrund der Ukraine Krise verhängt wurde, trägt insbesondere bei Milch, Fleisch, Obst und Gemüse zu massiven Marktproblemen bei. Aus Sicht der Bauern ist es unfair, dass sie mit den enormen wirtschaftlichen Folgewirkungen außenpolitischer Entscheidungen allein gelassen werden. Gleichzeitig untergräbt der deutsche Lebensmitteleinzelhandel (LEH) jegliche ökonomische Nachhaltigkeit für bäuerliche Familienbetriebe, indem die Discounter wie ALDI und Co. ihre Marktmacht zu noch mehr Preisdumping bei Lebensmittelangeboten wie bei Milch, Obst, Fleisch und Brotwaren missbrauchen: Die Bundesregierung muss endlich helfen und wirksame Maßnahmen gegen die Marktmacht des deutschen LEH ergreifen, die der Sektorbericht des Bundeskartellamts bestätigt hatte.

Hinzu kommt, dass in Bayern einige Regionen von Trockenheit und extremer Hitze gravierend betroffen sind und so der Aufwuchs und die Gesundheit der Pflanzen deutlich gelitten haben. Schwierigkeiten und erhebliche Schäden haben neben den Ackerbauern gerade auch Tierhaltungsbetriebe, denen bei Grünland, Ackerfutter und Mais zum Teil eine gravierende Futterknappheit droht.

Auf den Höfen der rund 110.000 Familienbetriebe in Bayern kommt alles zusammen. Dazu gehört auch die Verunsicherung durch viele unsachliche Diskussionen zur Landwirtschaft in den Medien und in gesellschaftlichen Gruppen. Des Weiteren berät die Politik etliche überzogene Vorschläge zum Beispiel zu Emissionsminderungsplänen Brüssels für die deutsche Landwirtschaft, zur Düngeverordnung, zur Bürokratie beim Mindestlohn, zur Anlagenverordnung, zur TA-Luft, zu Grundsatzfragen der Tierhaltung, die am Ende gerade bäuerliche Familienbetriebe zur Aufgabe der Landwirtschaft treiben, weil ihnen die wirtschaftliche Nachhaltigkeit genommen wird und sie die Auflagenflut nicht mehr leisten können.

Vor diesem Hintergrund darf die Politik in München, Berlin und Brüssel nicht länger nur zusehen, sondern muss Maßnahmen ergreifen. Die Mitglieder des Präsidiums des Bayerischen Bauernverbandes fordern deshalb aktuell insbesondere folgende zehn Punkte:

1. Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen, indem der Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung um 100 Millionen Euro jeweils für drei Jahre erhöht wird.

2. Sicherstellung der frühzeitigen und vollständigen Auszahlung der diesjährigen Betriebsprämie in 2015 durch Bund und Länder. Auszahlung der Ausgleichszulage und des Bayerischen Kulturlandschaftsprogramms im Oktober 2015 durch Bayern.
3. Einführung einer Notstandsbeihilfe und von Liquiditätshilfen.
4. Möglichkeit zur steuerlichen Risikovorsorge sowie steuerliche Erleichterungen, zum Beispiel durch Steuerstundungen und durch geringere Vorauszahlungen.
5. Schnelle und effiziente Maßnahmen der Bundesregierung gegen die erdrückende Marktmacht und die ruinöse Preispolitik des Lebensmitteleinzelhandels bei Lebensmitteln. Das Kartellamt hat bereits 2014 in seinem Sektorbericht aufgezeigt, dass die vier großen Handelsunternehmen über eine marktbeherrschende Stellung verfügen.
6. Die Bundesregierung und die EU-Kommission sollen die negativen Auswirkungen des Russland-Embargos auf die Marktsituation für bayerische und deutsche Bauern abbauen. In Deutschland wird endlich eine wirksame Absatzförderung für das Inland und für das Ausland benötigt, indem einstiegsweg durch nationale Kofinanzierungsmittel die EU-Unterstützungsangebote genutzt werden und zugleich die dortigen Förderbedingungen entschlackt werden. Die Bundesregierung muss hier ferner die veterinärrechtlichen Abkommen mit an deutschen Nahrungsmitteln interessierten Staaten beschleunigen.
7. Die Bundesregierung soll sich in Brüssel dafür einsetzen, dass die mehr als 900 Mio. € Superabgabe von Brüssel den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden, damit sie dann wieder direkt an die Milcherzeuger fließen – zum Beispiel als Hilfszahlung je Milchkuh.
8. Kurzzeitige Marktentnahmeaktionen und inferiore Verwertung über staatlich finanzierte Programme.
9. Lockerung der Umsetzung von ökologischen Vorrangflächen über Winterzwischenfrüchte in diesem von Trockenheit als außergewöhnlichen Umstand geprägtem Jahr zum einen bei der Anerkennung dieser Greeningflächen für 2015 und zum anderen bei der Nutzungsmöglichkeit des Aufwuchses im Herbst 2015 angesichts der regionalen Futterknappheit.
10. Moratorium für neue bzw. zusätzliche Auflagen, um verstärkten Strukturwandel bei bäuerlichen Familienbetrieben zu vermeiden.